

Haushaltsplan 2010

Ostring

Vorbericht V36 (Zuwendungen für Investitionen)

Vorbericht V38 (Auszahlungen für Straßenbaumaßnahmen)

Kommentierung V39

HHPlanE S. 282ff., Teilplan 2010/Planung einzelner Investitionsmaßnahmen

Sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ausweislich der Kommentierung zum Ausbaupunkt des Ostrings beabsichtigt Herr Bürgermeister Lulf den Bau des Ostrings ab 2014 vorzunehmen.

Im Haushaltsplan des Jahres 2009 wurde vom Rat ein Baubeginn in 2011 vorgesehen. Eingestellt wurden die für den Ausbau notwendigen Mittel für die Jahre 2011 und 2012.

Die CDU-Fraktion beantragt, Mittel für den Bau des Ostrings einzustellen für die Jahre 2012 und 2013. Mindestens aber eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2012, die einen Baubeginn Ende 2012 nach Freigabe der Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz sicherstellen.

Begründung:

Auch der CDU-Fraktion ist die derzeitige finanzielle Lage der Kommunen und der Stadt Ennigerloh bewusst. Aus diesem Grund tragen wir auch, obwohl der Bau des Ostrings für die weiteren Planungen zur L792 unabdingbar ist, eine Verschiebung des Ausbaus mit.

Eine weitere Verschiebung wäre aus unserer Sicht aus folgenden Gründen jedoch unverantwortbar:

- 1) Mit zeitlichem Fortschreiten besteht die Gefahr weiterer Zuschussskürzungen der GVFG-Mittel (die aktuelle Zuschusshöhe liegt bei 60 %, Jahre davor waren es 75 %)

- 2) Die Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplans ist für 2014/15 zu erwarten. Um eine Mitteleinstellung für die angestrebte und längst überfällige Sanierung der L792 nebst Anschluss

an den Kreisverkehr Ahmenhorst tatsächlich zu erreichen, ist der Bau des Ostrings Grundvoraussetzung. Dieses wurde auch der Verwaltungsleitung durch die zuständigen Behördenleiter Bau NRW mitgeteilt.

Hängt das Projekt Ostring zum Zeitpunkt der Aufstellung des Landesstraßenbedarfsplans immer noch in der Schwebe, ist danach frühestens 2020 mit der Aufnahme in den Ausbauplan zu rechnen.

3) Zwar werden grundsätzlich bewilligte GVFG-Mittel auch nach Auslaufen des Programms im Zuge der Föderalismusreform bis 2019 gezahlt, ab 2014 entfällt jedoch die Zweckbindung der Länder für die vom Bund durchgeleiteten Gelder. Das bedeutet, dass ab 2014 nicht mehr sichergestellt ist, dass die ursprünglich für den kommunalen Straßenverkehr vorgesehenen Bundesmittel auch tatsächlich dafür verwendet und nicht für andere Landesaufgaben umgelenkt werden.

Die Folge wäre das Aus für den Ostring, der aus Eigenmitteln der Stadt kaum zu bezahlen wäre.

Um das Generationenprojekt Ostring mit den bekannten Entlastungswirkungen für Ennigerloh und Ostenfelde sowie einen schnellen ampelfreien Anschluss des Gewerbegebiets Haltenberg Ost an den Autobahnanschluss Oelde nicht zu gefährden, ist daher eine Verschiebung des ursprünglich für 2010 vorgesehenen Baubeginns höchstens bis 2012 möglich.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Guido Gutsche